

Interreg



Kofinanziert von
der Europäischen Union
Cofinancé par
l'Union Européenne



Oberrhein | Rhin Supérieur

PROGRAMM
2021-2027

Themenübergreifender Projektaufruf 2024

Abgedeckter Zeitraum: vom 10. Juli bis 21. Oktober 2024 (17.00 Uhr
Straßburger Uhrzeit)

Das Programm Interreg Oberrhein 2021-2027 zielt darauf ab, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im deutsch-französisch-schweizerischen Grenzraum am Oberrhein zu unterstützen. Dazu fördert es aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) Projekte, die der Umsetzung der Strategie des Programms Interreg 2021-2027 dienen, die insgesamt dreizehn spezifische Ziele umfasst.

1. Kontext des vorliegenden Projektaufrufs

Am 29. April 2022 wurde das Programm Interreg Oberrhein 2021-2027 von der Europäischen Kommission genehmigt. Für die neue Förderperiode stehen zwischen Mai 2022 und Juni 2029 für die Finanzierung grenzüberschreitender Projekte am Oberrhein in verschiedenen Interventionsbereichen insgesamt mehr als 116 Mio. € zur Verfügung.

Obwohl es sich um die am umfangreichsten ausgestattete Priorität des Programms gehandelt hat, waren die für die Priorität A des Programms bereitgestellten Mittel schnell erschöpft, sodass die Programmierung für diese Priorität ab Sommer 2023 gestoppt wurde. Für die im Rahmen der Priorität A unterstützten Themenbereiche (Klimawandel, Energiewende und ökologischer Wandel) sind jedoch nach wie vor erhebliche Finanzierungsbedarfe im Oberrheinraum zu konstatieren. Gleichzeitig ist indes festzustellen, dass für die Finanzierung von Projekten zu bestimmten Themenbereichen wie Mobilität, Gesundheit, Kultur, Tourismus und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verwaltung sowie zwischen Bürgerinnen und Bürgern noch umfangreiche Mittel zur Verfügung stehen.

Im Bewusstsein um die zahlreichen Herausforderungen, vor denen die grenzüberschreitende Oberrheinregion in den kommenden Jahren in punkto Nachhaltigkeit stehen wird, haben die Programmpartner daher ihren Wunsch zum Ausdruck gebracht, auch weiterhin grenzüberschreitende Projekte mit einem Bezug zu den genannten Themenbereichen zu unterstützen. Dementsprechend wurden das Gemeinsame Sekretariat und die Verwaltungsbehörde des Programms damit beauftragt, einen Fahrplan festzulegen.

Im Kern sieht dieser Fahrplan vor, zwischen Juli 2024 und Oktober 2024 einen umfangreichen themenübergreifenden Projektaufruf durchzuführen, um auf sehr breiter Basis konkrete grenzüberschreitende Projektideen zu erfassen, die aktuell im Programmgebiet konzipiert werden und kurzfristig mit der Umsetzung beginnen können. Dieser Projektaufruf wird vor allem die Möglichkeit bieten:

- die Programmierung für die Priorität A wieder zu öffnen;
- die Finanzierungsbedarfe in der Priorität A möglichst genau abzuschätzen;
- einen Anreiz für die Entwicklung grenzüberschreitender Projekte zu den in der Förderperiode 2021-2027 noch kaum abgedeckten Themenbereichen zu schaffen und auf diese Weise die Finanzierungsbedarfe bei diesen Themenbereichen möglichst genau abzuschätzen;
- die Mittelzuweisung für die verschiedenen Prioritäten des Programms 2021-2027 zu ändern, damit den Bedarfen am Oberrhein optimal entsprochen werden kann.

Die nachstehenden Ausführungen dienen dem Zweck, die Modalitäten für die Teilnahme der Projektideen an dem Projektaufruf und für die im Anschluss an ihre Einreichung erfolgende Auswahl festzulegen.

NB: Hinzuweisen ist darauf, dass dieser Projektaufruf nicht die letzte Gelegenheit darstellt, in der Förderperiode 2021-2027 Mittel beim Programm zu beantragen. Nach diesem Projektaufruf werden weiterhin Mittel zur Verfügung stehen, um Projektideen unterstützen zu können, die für eine Teilnahme an diesem Projektaufruf aktuell nicht ausreichend weit gediehen waren, bis zum Ende der Förderperiode jedoch noch zustande kommen könnten. Die Projektträger, deren Projektidee nicht weit genug gediehen ist, um an dem Projektaufruf teilzunehmen, werden gebeten, ihren Bedarf dem Gemeinsamen Sekretariat bis Ende 2024 ihren Bedarf mitzuteilen (per E-Mail, Telefon oder im Rahmen eines Treffens). Die dem Gemeinsamen Sekretariat übermittelten Informationen und Projektideen werden bei der Vorbereitung der Programmänderung berücksichtigt werden können.

2. Priorität und Ziel, die Gegenstand des Projektaufrufs sind

2.1 Liste der Themenbereiche des Interreg-Programms, für die der Projektaufruf durchgeführt wird

Klimawandel Biodiversität Energiewende Risikomanagement Kreislaufwirtschaft Mobilität Land- und Weinbauwirtschaft Tourismus Kultur KMU	Künstliche Intelligenz, Digitalisierung Arbeitsmarkt Bildung Gesundheit Verwaltungskooperation Kooperation zwischen den Bürgern Jugend Sport Soziale Innovation
---	---

Der Themenbereich „Forschung und Innovation“ wird von diesem Projektaufruf nicht abgedeckt.

Die Projektideen müssen zwingend in einem der vorstehend aufgeführten Themenbereiche angesiedelt sein, um für eine Förderung infrage zu kommen.

2.2 Liste der spezifischen Ziele des Interreg-Programms, für die der Projektaufruf durchgeführt wird

Dieser Projektaufruf ist sehr breit angelegt und deckt alle spezifischen Ziele des Programms ab, mit Ausnahme des spezifischen Ziels D.1 zu den Forschungs- und Innovationskapazitäten.

Von diesem Projektaufruf abgedeckt werden folgende spezifische Ziele:

Prorität	Spezifisches Ziel	Titel des spezifischen Ziels	Grenzüberschreitende Entwicklungen
A	A1	Förderung der Anpassung an den Klimawandel und der Katastrophenprävention und Katastrophenresilienz unter Berücksichtigung von ökosystembasierten Ansätzen	<ul style="list-style-type: none"> • Förderung der Anpassung der Ökosysteme und ihrer Bestandteile (Luft, Wälder, Wasser usw.) an den Klimawandel und ihrer diesbezüglichen Resilienz • Prävention im Zusammenhang mit den Klima- und Umweltrisiken sowie natürlichen und Risiken, die sich aus der wirtschaftlichen Tätigkeit des Menschen ergeben • Förderung der Prävention und des gemeinsamen Katastrophenmanagements • Verbesserung der Klimabilanz in allen Wirtschaftssektoren durch die Unterstützung innovativer Wirtschaftsmodelle wie der Green Economy und der Kreislaufwirtschaft sowie die Förderung nachhaltiger Wirtschaftszweige wie etwa der nachhaltigen Landwirtschaft • Abfederung des Klimawandels durch die Reduzierung der Energieabhängigkeit, insbesondere durch die Förderung erneuerbarer Energie und der Energieeffizienz
A	A2	Entwicklung intelligenter Energiesysteme, Netze und Speichersysteme außerhalb des transeuropäischen Energienetzwerks	<ul style="list-style-type: none"> • Förderung der Entwicklung und der Einrichtung von intelligenten Energiesystemen und -netzen, insbesondere für die Stromversorgung (Smart Grids) • Ausbau der Energiespeicherkapazitäten, insbesondere in Zusammenhang mit erneuerbaren Energien (wie der Biomasse und der Photovoltaik) und durch die Förderung innovativer Speicherformen wie z.B. mittels Wasserstoff, die Flüssigluft-Energiespeicherung und die Stromspeicherung in Batterien
A	A3	Verbesserung des Schutzes und der Erhaltung der Natur, der biologischen Vielfalt und der grünen Infrastruktur, auch in	<ul style="list-style-type: none"> • Förderung des Schutzes und/oder der Wiederansiedlung gefährdeter oder zurückgehender Arten, einschließlich des Tierwohls

		städtischen Gebieten, sowie Verringerung aller Formen von Umweltverschmutzung	<ul style="list-style-type: none"> • Förderung des Erhalts und/oder der Renaturierung von natürlichen Lebensräumen (Wald- und Feuchtgebiete, Grasland), darunter insbesondere Schutzgebiete sowie die Rheinauen • Schutz und Verbesserung der Qualität der Ökosysteme (Grundwasser, Oberflächengewässer, Luft, Böden) • Besserer Schutz und stärkerer Ausbau der ökologischen Durchgängigkeit • Sparsamer Umgang mit Flächen durch vermehrte Umnutzung von Böden und insbesondere Industriebrachen • Effizientere Abfallbewirtschaftung über die Grenzen hinweg, insbesondere durch ein grenzüberschreitendes Vorgehen bei der Wiederverwendung und der Wiederverwertung • Verringerung des Einsatzes von Schadstoffen und ihrer Emissionen
B	B1	Entwicklung und Verbesserung einer nachhaltigen, klimaresilienten, intelligenten und intermodalen nationalen, regionalen und lokalen Mobilität, einschließlich eines besseren Zugangs zum TEN-V und zur grenzübergreifenden Mobilität	<ul style="list-style-type: none"> • Weiterentwicklung und Ausbau grenzüberschreitender Verbindungen mit geringen Umweltauswirkungen, insbesondere durch eine bessere Verknüpfung der Verkehrssysteme und -trägern auf grenzüberschreitender Ebene • Verbesserung des grenzübergreifenden Mobilitätsangebots und seiner Zugänglichkeit für die Nutzer der Verkehrssysteme und -träger, u. a. durch digitale Lösungen • Entwicklung von Formen nachhaltiger Mobilität sowie alternativer und innovativer Mobilitätsformen, die zum Kampf gegen den Klimawandel beitragen
B	B2	Entwicklung eines klimaresilienten, intelligenten, sicheren, nachhaltigen, und intermodalen TEN-V	<ul style="list-style-type: none"> • Weiterentwicklung und Ausbau der grenzüberschreitenden TEN-V-Verbindungen mit geringen Umweltauswirkungen, insbesondere durch eine bessere Verknüpfung der Verkehrssysteme auf grenzüberschreitender Ebene

C	C1	Verbesserung der Effektivität und des inklusiven Charakters der Arbeitsmärkte und des Zugangs zu hochwertigen Arbeitsplätzen durch Entwicklung sozialer Infrastruktur und Förderung der Sozialwirtschaft	<ul style="list-style-type: none"> • Stärkung der Kenntnis des Arbeitsmarkts auf grenzüberschreitender Ebene und gemeinsames Arbeitsmarkt-Monitoring • Erleichterung und stärkere Strukturierung des Abgleichs von Angebot an und Nachfrage nach Beschäftigungsmöglichkeiten • Förderung des Aus- und Weiterbildungsangebots sowie der Entwicklung und des Erwerbs von nachgefragten Kompetenzen, auch in digitaler Form • Abbau der rechtlichen, administrativen, sachlichen, sprachlichen und kulturellen Hindernisse für die Schaffung eines grenzübergreifenden Arbeitsmarktes • Förderung der grenzübergreifenden beruflichen Mobilität
C	C2	Verbesserung des gleichberechtigten Zugangs zu inklusiven und hochwertigen Dienstleistungen in den Bereichen allgemeine und berufliche Bildung sowie lebenslanges Lernen durch Entwicklung barrierefreier Infrastruktur, auch durch Förderung der Resilienz des Fern- und Online-Unterrichts in der allgemeinen und beruflichen Bildung	<ul style="list-style-type: none"> • Stärkung der Kenntnis des vorhandenen Bildungs- und Ausbildungsangebots auf grenzüberschreitender Ebene und verbesserte Information hierüber • Abbau der rechtlichen, administrativen, finanziellen, sachlichen, sprachlichen und kulturellen Hindernisse im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung • Entwicklung eines gemeinsamen Angebots für die allgemeine Bildung und die berufliche (duale) Ausbildung für alle Altersgruppen (einschließlich E-Learning) • Förderung der Zwei- bzw. Mehrsprachigkeit am Oberrhein für alle Altersgruppen und in den verschiedensten Formen • Förderung der grenzübergreifenden Mobilität bei der Schul-, Aus- und Weiterbildung für alle Altersgruppen
C	C3	Sicherstellung eines gleichberechtigten Zugangs zur Gesundheitsversorgung und Förderung der Resilienz von Gesundheitssystemen, einschließlich der Primärversorgung, sowie Förderung des Übergangs von institutioneller Betreuung zu	<ul style="list-style-type: none"> • Bessere Kenntnis der Gesundheits- und Pflegesysteme und der Angebote der Gesundheits- und Pflegeversorgung auf grenzüberschreitender Ebene und gemeinsames Monitoring • Bessere Information über bestehende Zugänge zur Gesundheits- und Pflegeversorgung über die Grenze hinweg und Umsetzung von Präventionsmaßnahmen auf grenzüberschreitender Ebene

		Betreuung in der Familie und in der lokalen Gemeinschaft	<ul style="list-style-type: none"> • Erleichterung des Zugangs zur Gesundheits- und Pflegeversorgung und personalisierten Behandlungsangeboten auf grenzüberschreitender Ebene, insbesondere mittels der wechselseitigen Anerkennung von Standard und Kosten, eines besseren Versorgungsangebots dies- und jenseits der Grenze sowie der Beseitigung rechtlicher und administrativer Hindernisse • Stärkung der Attraktivität von Standorten mit Defiziten beim Zugang zur Gesundheitsversorgung und Ausbau der Nahversorgung mit Gesundheitsdienstleistungen auf grenzüberschreitender Ebene • Gemeinsame Nutzung von Geräten und Infrastrukturen auf grenzüberschreitender Ebene, inklusive einer abgestimmten Spezialisierung, sowie Schaffung gemeinsamer Versorgungsinfrastrukturen im Gesundheitsbereich • Weiterentwicklung der Digitalisierung im Gesundheitsbereich zur leichten Kommunikation und Abstimmung auf grenzüberschreitender Ebene und zur Deckung von Bedarfen, die von nationalen Politiken oder Förderinstrumenten in diesem Bereich (einschließlich der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne) nicht abgedeckt werden.
C	C4	Stärkung der Rolle, die Kultur und nachhaltiger Tourismus für die Wirtschaftsentwicklung, die soziale Eingliederung und die soziale Innovation spielen	<ul style="list-style-type: none"> • Gemeinsame Nutzung und Förderung des Natur- und Kulturerbes sowie der am Oberrhein vorhandenen kulturellen und touristischen Angebote und Förderung eines gemeinsamen oder aufeinander abgestimmten kulturellen und touristischen Standortmarketings • Förderung der Entwicklung neuer gemeinsamer kultureller und touristischer Angebote • Grenzüberschreitende Entwicklung und Strukturierung der Kultur- und der Tourismuswirtschaft • Gemeinsame Begleitung der Akteure in den Sektoren Kultur und Tourismus angesichts neuer Problemstellungen

			<ul style="list-style-type: none"> Grenzüberschreitende Unterstützung der Beschäftigung und von Unternehmensgründungen in diesen Sektoren
D	D2	Steigerung des nachhaltigen Wachstums und der Wettbewerbsfähigkeit von KMU sowie Schaffung von Arbeitsplätzen in KMU, unter anderem durch produktive Investitionen	<ul style="list-style-type: none"> Unterstützung der Entwicklung der wirtschaftlichen Aktivitäten der KMU durch die Schaffung neuer Absatzmärkte und neuer Wertschöpfungsmodelle für die KMU auf grenzüberschreitender Ebene Förderung der Entwicklung wachstums-, innovations- und beschäftigungsstarker Branchen auf grenzüberschreitender Ebene Förderung eines gemeinsamen Standortmarketings, u. a. durch digitale Lösungen Gemeinsame Begleitung der KMU angesichts neuer Problemstellungen
E	E1	Verbesserung der Effizienz der öffentlichen Verwaltungsstellen durch Förderung ihrer Zusammenarbeit auf den Gebieten Recht und Verwaltung sowie der Zusammenarbeit zwischen Bürgern, den Akteuren der Zivilgesellschaft und den Institutionen, insbesondere mit dem Ziel der Beseitigung rechtlicher und sonstiger Hindernisse in Grenzregionen	<ul style="list-style-type: none"> Ausbau und Strukturierung des Austauschs über rechtliche und administrative Problemstellungen, die eine Vertiefung oder eine effizientere Behandlung erfordern bzw. die bislang noch nicht ausreichend berücksichtigt wurden, auch durch eine stärkere grenzübergreifende Nutzung von Daten Identifizierung und Beseitigung der rechtlichen, administrativen, sachlichen, sprachlichen und kulturellen Hindernisse, die die Zusammenarbeit zwischen Verwaltungseinrichtungen Maßnahmen zugunsten der Zivilgesellschaft und von Bürgerinnen und Bürgern behindern, u.a. durch die Erprobungen neuer Verfahren Verbesserung der Governance der gemeinsam verwalteten Einrichtungen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit Vereinfachung des bestehenden Angebots grenzüberschreitender öffentlicher Dienstleistungen, insbesondere durch die verstärkte Digitalisierung in den Verwaltungseinrichtungen Harmonisierung administrativer und rechtlicher Verfahrensweisen auf grenzüberschreitender Ebene und

			Entwicklung neuer Angebote grenzüberschreitender öffentlicher Dienstleistungen, auch in digitaler Form <ul style="list-style-type: none"> • Stärkere Ausrichtung der Zusammenarbeit auf die Bedürfnisse der Gesellschaft und der Bürgerinnen und Bürger
E	E2	Aufbauen von gegenseitigem Vertrauen, insbesondere durch Förderung von Kontakten zwischen den Bevölkerungen	<ul style="list-style-type: none"> • Erleichterung der Begegnungen von Bürgerinnen und Bürgern, um sie zu ermutigen und zu befähigen, sich an der Zusammenarbeit und am Zusammenleben in der Grenzregion zu beteiligen

Die Projektideen müssen zwingend in einem der vorstehend aufgeführten Themenbereiche angesiedelt sein und einen Beitrag zu mindestens einer der grenzüberschreitenden Entwicklungen im Rahmen des ausgewählten spezifischen Ziels leisten.

Ausführlichere Informationen zu den grenzüberschreitenden Entwicklungen und den Maßnahmenarten, die im Rahmen der verschiedenen spezifischen Ziele des Programms Gegenstand einer Kofinanzierung sein können, sind auf der Website des Programms zu finden, insbesondere im [Programm](#) Interreg Oberrhein 2021-2027. Darüber hinaus steht den Projektträgern das Gemeinsame Sekretariat des Programms für alle Fragen zur Verfügung.

Da der Projektaufruf nicht das spezifische Ziel D.1 „Forschungs- und Innovationskapazitäten“ abdeckt, werden die Projektträger, deren Projektidee zum Ziel hat, eine konkrete Lösung für den Technologietransfer zu entwickeln, gebeten, an dem Projektaufruf 2024 der Wissenschaftsoffensive teilzunehmen, der vom 1. Oktober 2024 bis 24. Januar 2025 läuft.

Die Forschungs- und Hochschuleinrichtungen können sich jedoch an Projektideen beteiligen, die im Rahmen des Projektaufrufs eingereicht werden, sofern die Projektidee in einem der in der vorstehenden Tabelle aufgeführten spezifischen Ziele angesiedelt ist.

Für den Fall, dass Unklarheit darüber besteht, welcher Projektaufruf der passende ist, wird empfohlen, sich an das Gemeinsame Sekretariat zu wenden.

2.3 Arten von Projekten, die im Rahmen dieses Projektaufrufs erwartet werden

Im Rahmen dieses Projektaufrufs werden Projekte mit strukturierender Wirkung erwartet, deren Ziel es ist, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in den verschiedenen von dem Projektaufruf abgedeckten Themenbereichen und spezifischen Zielen mittels gemeinsamer Maßnahmen zu stärken, die in der gesamten Oberrheinregion oder eventuell in einem kleineren Gebiet umgesetzt werden.

Der Projektaufruf deckt folgende Arten von Projekten nicht ab:

- Projekte von strategischer Bedeutung¹
- Kleinprojekte, die in der Förderperiode 2021-2027 im Rahmen von Kleinprojektfonds finanziert werden

Für die Projekte von strategischer Bedeutung und die Kleinprojektfonds kommen im Hinblick auf die Aufnahme in die Förderung die für die fortlaufende Programmierung geltenden Modalitäten zur Anwendung. Für den Fall, dass Unklarheit darüber besteht, ob es sich bei einer Projektidee um ein Projekt von strategischer Bedeutung oder einen Kleinprojektfonds handelt, wird empfohlen, sich an das Gemeinsame Sekretariat zu wenden.

¹ Siehe die Liste der Projekte von strategischer Bedeutung in der Anlage des Programms Interreg 2021-2027.

3. Rechtlicher Rahmen

Die im Rahmen des vorliegenden Projektaufrufs eingereichten Projektideen müssen den europäischen, den nationalen sowie den programmspezifischen Vorgaben des Programm Interreg Oberrhein 2021-2027 entsprechen.

Die Förderbedingungen finden Sie im Internet-Auftritt des Programms Interreg und im Programmhandbuch. Die Bestimmungen zu den Auswahlmodalitäten für diese Projektausschreibung sind in dem Themenblatt „Auswahlmodalitäten für die themenübergreifende Projektausschreibung 2024“ beschrieben, das den Antragsunterlagen für diese Projektausschreibung beiliegt. Es wird empfohlen, am Anfang der Projektvorbereitungen diese Modalitäten für die Projektauswahl sowie die Regeln für die Förderfähigkeit von Ausgaben zu lesen.

4. Finanzieller Rahmen

4.1 Verfügbare Mittel für den vorliegenden Projektaufruf

Für den vorliegenden Projektaufruf wurde vom Begleitausschuss eine Mittelausstattung in Höhe von 22,3 Mio. € eingerichtet. Diese Mittelausstattung betrifft alle spezifischen Ziele², ohne vorherige Verteilung auf die Prioritäten des Programms. Die Mittel werden ohne Differenzierung nach spezifischen Zielen und Themenbereichen denjenigen Projekten zugewiesen, die nach der Bewertungsphase die höchste Punktzahl erzielt haben.

Die Verteilung des EFRE-Betrags auf die verschiedenen Prioritäten des Programms erfolgt anhand der Projekte, die in die zweite Phase des Projektaufrufs eintreten können. Anschließend wird diese Verteilung als Grundlage für die Änderung des Finanzierungsplans des Programms dienen.

Im Rahmen des vorliegenden Projektaufrufs wird nicht zwangsläufig die gesamte Mittelausstattung für diesen Projektaufruf gebunden. Dem Begleitausschuss steht es frei, angesichts der Qualität der eingereichten Projekte zu beschließen, nur einen Teil dieser Mittelausstattung für Projekte zu binden und zu einem späteren Zeitpunkt einen neuen gezielten Projektaufruf einzuleiten, oder nicht genutzte Mittel erneut für die fortlaufende Programmierung vorzusehen.

Umgekehrt kann der Begleitausschuss in dem Fall, dass viele qualitativ hochwertige Projekte eingereicht werden oder mehrere Projekte ein einheitliches Qualitätsniveau aufweisen, beschließen, die Mittelausstattung des Projektaufrufs um bis zu 10% der ursprünglich vorgesehenen Mittelausstattung zu erhöhen.

Die Auswahl der Projekte und die Festlegung der Höhe der Mittel, die innerhalb jeder Priorität für die im Rahmen dieses Projektaufrufs geplanten Projekte gebunden werden, obliegt dem Begleitausschuss.

² Dieser EFRE-Betrag kann nur deutschen und französischen Partnern zugewiesen werden. Die Schweizer Partner werden mit Schweizer Kofinanzierungsmitteln finanziert, die zur EFRE-Kofinanzierung hinzukommen.

Anzumerken ist, dass es angesichts dessen, dass bereits alle Mittel für die Priorität A gebunden sind, erst nach der Genehmigung des geänderten Finanzierungsplans des Programms durch die Europäische Kommission möglich sein wird, die für ein spezifisches Ziel dieser Priorität zustande gekommenen Projekte uneingeschränkt in die Förderung aufzunehmen. Sollte sich die besagte Genehmigung verzögern, können die Projekte bis zur endgültigen Genehmigung des Finanzierungsplans durch die Europäische Kommission zunächst unter Vorbehalt vom Begleitausschuss genehmigt werden.

4.2 Finanzierungsmodalitäten

Der EFRE-Fördersatz, der den einzelnen ausgewählten Projekten gewährt wird, unterscheidet sich je nach Priorität:

- Bei den Prioritäten A, C und E beläuft sich der Fördersatz auf 60 %.
- Bei den Prioritäten B und D beträgt der Fördersatz 50 %.

Das förderfähige Mindestfinanzvolumen beträgt 100.000 € (an Ausgaben). Das entspricht einem EFRE-Förderbetrag in Höhe von 60.000 € für Projekte in den Prioritäten A, C oder E und in Höhe von 50.000 € für Projekte in den Prioritäten B und D.

Das maximale förderfähige Finanzvolumen beträgt für die Gesamtheit der französischen und deutschen Partner eines Projektes 5.000.000 € (an Projektkosten). Dem entspricht ein maximaler EFRE-Förderbetrag in Höhe von 3.000.000 € für Projekte in den Prioritäten A, C oder E und in Höhe von 2.500.000 € für Projekte in den Prioritäten B und D.

Die Kofinanzierung erfolgt in Form einer Erstattung der tatsächlichen förderfähigen Ausgaben.

Das grundsätzliche gemeinschaftliche Verbot der Doppelfinanzierung ist zu beachten. Demnach dürfen Ausgaben, die im Rahmen des vorliegenden Projektaufrufs genehmigten Projekte geltend gemacht werden, nicht durch eine andere Finanzierungsquelle der Europäischen Union gefördert werden.

Die Sicherstellung ausreichender zusätzlicher Kofinanzierungsmittel zur Durchführung des Projekts ist Aufgabe der Partner, die eine Förderung aus EFRE-Mitteln erhalten. Dies kann durch Eigenmittel und/oder in Form einer finanziellen Beteiligung von Dritten (kofinanzierende Projektpartner) erfolgen.

Die Projektpartner müssen über ausreichende administrative und finanzielle Kapazitäten verfügen, um die Umsetzung des Projekts und das Erreichen der zum Zeitpunkt der Genehmigung des Projekts durch den Begleitausschuss festgelegten Ziele sicherzustellen.

4.3 Förderfähige Ausgaben

Die Ausgaben dürfen ausschließlich den für die Durchführung eines Projekts vorgesehenen Kosten entsprechen. Die förderfähigen Ausgaben sind auf die folgenden Kostenkategorien und deren Kombinationen beschränkt:

Kostenkombinationen im SYNERGIE-CTE Tool	Für den Projektträger (EU)	Für alle andere Projekt-partner	Für den Projektträger (EU)	Für alle andere Projekt-partner	Für den Projektträger (EU)	Für alle andere Projekt-partner	Für alle Projekt-partner gültig	Für alle Projekt-partner gültig
	Kombination 1	Kombination 2	Kombination 3	Kombination 4	Kombination 5	Kombination 6	Kombination 7	Kombination 8
Personalkosten	Methode 1: 20 % der direkten Kosten	Methode 1: 20 % der direkten Kosten	Methode 2: Einheitskosten	Methode 2: Einheitskosten	Methode 3: Realkosten	Methode 3: Realkosten	Methode 2: Einheitskosten	Methode 3: Realkosten
Büro- und Verwaltungskosten	15 % der Personalkoste	15 % der Personalkoste	15 % der Personalkoste	15 % der Personalkoste	15 % der Personalkoste	15 % der Personalkoste	Restkosten: 40% der Personalkosten	Restkosten: 40% der Personalkosten
Reise- und Unterbringungskosten	15 % der Personalkoste	15 % der Personalkoste	15 % der Personalkoste	15 % der Personalkoste	15 % der Personalkoste	15 % der Personalkoste		
Externe Expertise und Dienstleistungen	Realkosten	Realkosten	Realkosten	Realkosten	Realkosten	Realkosten		
Ausrüstung	Realkosten	Realkosten	Realkosten	Realkosten	Realkosten	Realkosten		
Infrastruktur und Bauarbeiten	Realkosten	Realkosten	Realkosten	Realkosten	Realkosten	Realkosten		
Projektvorbereitungskosten für den Projektträger (EU)	Pauschalbetrag EU		Pauschalbetrag EU		Pauschalbetrag EU			
Projektabschlusskosten für den Projektträger (EU)	Pauschalbetrag EU		Pauschalbetrag EU		Pauschalbetrag EU			
Projektvorbereitungskosten (CH)		Pauschalbetrag CH		Pauschalbetrag CH		Pauschalbetrag CH		
Projektabschlusskosten (CH)		Pauschalbetrag CH		Pauschalbetrag CH		Pauschalbetrag CH		

Alle geltend gemachten Ausgaben müssen einen direkten Projektbezug aufweisen.

Für die Kostenkombinationen 1, 3 und 5 kann seitens der jeweiligen Projektträger der Pauschalbetrag zur Förderung der Projektvorbereitungskosten geltend gemacht werden. Der Pauschalbetrag beläuft sich auf Kosten in Höhe von 32.800 €. Für Projekte, die im Ergebnis des Auswahlverfahrens nicht in die Förderung aufgenommen werden, kann dieser Pauschalbetrag nicht geltend gemacht werden.

Weiterführende Informationen enthalten die [Regeln für die Förderfähigkeit von Ausgaben](#) des Programms.

4.4 Projektdauer und Zeitraum der Förderfähigkeit

Die empfohlene Projektdauer beträgt 36 Monate. In hinreichend begründeten Fällen kann sie bis zu 48 Monate betragen. Die Begründung einer solchen Abweichung von der empfohlenen Dauer des Durchführungszeitraums ist zum Zeitpunkt der Einreichung des Kurzformulars vorzulegen.

Eine Dauer des Durchführungszeitraums von mehr als 48 Monaten ist nicht möglich, weder infolge eines Antrags auf Abweichung im Zuge der Antragstellung, noch infolge eines Antrags auf Projektverlängerung im Zuge der Projektumsetzung.

Die Termine für den Beginn und das Ende des Durchführungszeitraums des Projekts sind im vollständigen Förderantrag anzugeben.

Die Genehmigung der im Rahmen des vorliegenden Projektaufrufs ausgewählten Projekte ist frühestens für Sommer 2025 geplant (anlässlich der 2. Sitzung des Begleitausschusses). Der Start der Projekte ist somit ab dem 01.08.2025 möglich.

Bei den Projekten, die in die zweite Phase des Projektaufrufs eintreten können und deren Förderantrag für eine Aufnahme in die Förderung im Sommer 2025 nicht weit genug gediehen ist, kann die Genehmigung auf einer späteren Sitzung des Begleitausschusses erfolgen. In diesem Fall ist auf der Grundlage eines vorliegenden Vollantrags ein vorzeitiger Start des Projekts ab dem 01.08.2025 und vor dessen Genehmigung möglich.

Der Beginn der Durchführung eines Projekts vor seiner Aufnahme in die Förderung stellt hingegen in keiner Weise eine Vorwegnahme der Entscheidung des Begleitausschusses dar:

- Bereits getätigte Ausgaben für ein Projekt, das letztlich nicht vom Begleitausschuss in die Förderung aufgenommen wird, können nicht gefördert werden.
- Bereits getätigte Ausgaben für ein Projekt, das vom Begleitausschuss in die Förderung aufgenommen wird, werden grundsätzlich rückwirkend als förderfähig betrachtet, und zwar ab dem im Kurzformular angegebenen Datum des Beginns des Durchführungszeitraums, frühestens jedoch zum 01.08.2025 (siehe oben).

Anzumerken ist, dass es angesichts dessen, dass bereits alle Mittel für die Priorität A gebunden sind, erst nach der Genehmigung des geänderten Finanzierungsplans des Programms durch die Europäische Kommission möglich sein wird, die für ein spezifisches Ziel dieser Priorität zustande

gekommenen Projekte uneingeschränkt in die Förderung aufzunehmen. Sollte sich die besagte Genehmigung verzögern, können die Projekte bis zur endgültigen Genehmigung des Finanzierungsplans durch die Europäische Kommission zunächst unter Vorbehalt vom Begleitausschuss genehmigt werden.

5. Kriterien und Verfahren zur Projektauswahl

5.1 Partnerschaft

Die Anforderungen hinsichtlich der Projektpartnerschaft finden sich unter Punkt 2.2.1 im Themenblatt „Auswahlmodalitäten für die themenübergreifende Projektausschreibung 2024“.

Um am vorliegenden Projektauftrag teilzunehmen, ist eine **grenzüberschreitende** Projektpartnerschaft einzurichten, die bei der Entwicklung, Durchführung und Finanzierung des Projekts zusammenarbeitet. Die Projektpartner müssen aus mindestens zwei der am Programm beteiligten Staaten stammen.

Die grenzüberschreitende Projektgruppe umfasst den Projektträger, einen oder mehrere kofinanzierende und/oder Ausgaben tätigende Partner sowie ggf. einen oder mehrere assoziierte Partner.

Der Projektträger und die kofinanzierenden und/oder Ausgaben tätigenden Partner müssen über ausreichend administrative, finanzielle und operative Kapazität verfügen, um das Projekt erfolgreich durchzuführen.

Die Projekte kommen nur dann für eine Förderung aus Programmmitteln infrage, wenn sie einen Beitrag zu den Zielen des Programms leisten und einen Nutzen für das Programmgebiet aufweisen. Die Beteiligung von Partnern, die ihren Sitz außerhalb des Programmgebiets haben, ist unter Beachtung der im Themenblatt „Auswahlmodalitäten für die themenübergreifende Projektausschreibung 2024“ beschriebenen Bedingungen möglich.

5.1.1 Projektträger

Der Projektträger wird aus dem Kreis der Begünstigten oder der kofinanzierenden Partner des Projekts benannt. Dabei muss es sich um eine öffentliche oder private Einrichtung handeln, die ihren Sitz in Baden-Württemberg, in Rheinland-Pfalz oder in Frankreich hat.

Der Projektträger ist während der Antragsphase für die inhaltliche Vorbereitung des Projektantrags zuständig. Wird ein Projekt im Rahmen des vorliegenden Projektauftrags genehmigt, ist er zudem für die ordnungsgemäße Durchführung des Projekts verantwortlich. Dies betrifft sowohl die Überwachung der Umsetzung der Projektmaßnahmen als auch die finanzielle und administrative Projektumsetzung. Zu diesem Zweck verpflichten sich die Projektpartner dem Projektträger über ihre Aktivitäten im Rahmen des Projekts Bericht zu erstatten.

Der Projektträger ist alleiniger Ansprechpartner des Gemeinsamen Sekretariats und der Verwaltungsbehörde des Programms. Er ist alleiniger Empfänger der ausbezahlten Fördermittel

für das gesamte Projekt und ggf. zuständig für deren Weiterleitung an die verschiedenen Begünstigten.

5.1.2 Schweizerische Partner

Die Förderkulisse des Programms umfasst die fünf Kantone der Nordwestschweiz. Schweizerische Partner können sich folglich am Projektaufruf beteiligen, und zwar als kofinanzierende und/oder Ausgaben tätigende oder assoziierte Partner.

Sie können jedoch nicht Begünstigte einer Förderung aus Programmmitteln sein. Die Förderung aus Programmmitteln bleibt ausschließlich den deutschen und französischen Begünstigten vorbehalten.

Die Ausgaben tätigenden, schweizerischen Partner haben die Möglichkeit, eine Kofinanzierung von schweizerischer Seite zu beantragen, z.B. durch die Kantone und/oder die Schweizerische Eidgenossenschaft („Neue Regionalpolitik“).

Ansprechpartner für sämtliche Fragen zur Beteiligung der Schweiz ist bei der Regio Basiliensis (IKRB):

Andreas DOPPLER
Leiter Förderprogramm
Interkantonale Koordinationsstelle bei der Regio Basiliensis (IKRB)
St. Jakobs-Strasse 25
Postfach
CH-4010 Basel
+41 (0)61 915 15 15
andreas.doppler@regbas.ch
<https://www.regbas.ch/de/foerderprogramme/interreg-a-oberrhein/>

5.2 Kriterien für die Förderfähigkeit und die Projektauswahl im Rahmen des vorliegenden Projektaufrufs

Die im Rahmen des vorliegenden Projektaufrufs geltenden Kriterien für die Förderfähigkeit und die Projektauswahl finden sich im Themenblatt „Auswahlmodalitäten für die themenübergreifende Projektausschreibung 2024“.

Die Auswahl der Projekte obliegt dem Begleitausschuss. Zusätzlich zu den für das Programm festgelegten strategischen Leitlinien stützt sich der Begleitausschuss bei seiner Entscheidung über die Projektauswahl auf das untenstehende System für die Bewertung der Projekte. Anhand der Benotung der einzelnen Kurzformulare und der nachstehend aufgeführten Kriterien erstellt das Gemeinsam Sekretariat ein Ranking der eingereichten Kurzformulare, das es der Arbeitsgruppe und dem Begleitausschuss zur Beratung übermittelt.

Die zu bewertenden Aspekte ergeben sich aus den im Themenblatt „Auswahlmodalitäten für die themenübergreifende Projektausschreibung 2024“ festgelegten Auswahlkriterien und den folgenden Gesichtspunkten:

Erste Komponente: Bewertung der Förderfähigkeit der Projekte

- Aspekt 1.1 Förderfähigkeit der Projektpartnerschaft (Ja/Nein)
- Aspekt 1.2 Projektdauer und finanzieller Rahmen (Ja/Nein)
- Aspekt 1.3 Einordnung des Projekts in die Programmstrategie (Ja/Nein)
- Aspekt 1.4 Grenzüberschreitende Dimension des Projekts (Ja/Nein)
- Aspekt 1.5 Vereinbarkeit des Projekts mit den bereichsübergreifenden Grundsätzen (Ja/Nein)

Die Antragsteller, die eine Projektidee im Rahmen dieses Projektaufrufs einreichen, werden darauf aufmerksam gemacht, dass für Projektideen, die nicht bei allen fünf Aspekten der Komponente 1 ein „Ja“ erhalten, keine Bewertung im Rahmen der Komponente 2 und somit auch keine Priorisierung vorgenommen werden kann.

Zweite Komponente: Bewertung und Benotung des Inhalts der Projekte

- Aspekt 2.1 Einordnung des Projekts in die Programmstrategie
 - Beitrag des Projekts zu den grenzüberschreitenden Entwicklungen im Rahmen des spezifischen Ziels, dem das Projekt zugeordnet ist (0-8 Punkte)
 - Beitrag des Projekts zu den Outputindikatoren des spezifischen Ziels, dem das Projekt zugeordnet ist (0-4 Punkte)
 - Beitrag des Projekts zu den Ergebnisindikatoren des spezifischen Ziels, dem das Projekt zugeordnet ist (0-2 Punkte)
 - Beitrag des Projekts zu anderen im Rahmen des Programms unterstützten Interventionsbereichen (0-4 Punkte)
 - Stichhaltigkeit des vorgesehenen funktionalen Gebiets für die Projektumsetzung (0-2 Punkte)
- Aspekt 2.2 Qualität und Wirkung des Projekts
 - Qualität und Zweckmäßigkeit der Partnerschaft (0-8 Punkte)
 - Grenzüberschreitender Mehrwert des Projekts (0-8 Punkte)
 - Innovativer Charakter des Projekts (0-4 Punkte)
 - Strukturierender Charakter des Projekts (0-4 Punkte)
 - Fortbestand und langfristige Tragfähigkeit des Projekts (0-4 Punkte)
- Aspekt 2.3 Kohärenz des Projekts
 - Kohärenz des vorgesehenen Durchführungszeitraums des Projekts in Hinblick auf die Ziele und den vorgesehenen Arbeitsplan des Projekts (0-2 Punkte)
 - Kohärenz der geplanten Maßnahmen in Hinblick auf die Ziele des Projekts und die erwarteten Ergebnisse (0-8 Punkte)
 - Angemessenheit der beantragten EFRE-Kofinanzierung angesichts der mit dem Projekt erwarteten Ergebnisse (0-6 Punkte)

- Aspekt 2.4 Aktiver Beitrag zu den bereichsübergreifenden Grundsätzen der Europäischen Union
 - Zugänglichkeit für Menschen mit Behinderungen (0-1 Punkt)
 - Gleichstellung der Geschlechter (0-1 Punkt)
 - Berücksichtigung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (0-1 Punkt)
 - Berücksichtigung des Prinzips der nachhaltigen Entwicklung und der Umweltpolitik der Europäischen Union (0-1 Punkt)

Jedes eingereichte Kurzformular erhält eine Punktzahl entsprechend seiner Verankerung in der Programmstrategie sowie seiner Qualität und seiner Wirkung. Sollte nach der Beratung durch die Programmpartner eine Änderung der Punktzahl vorgenommen werden, kommt diese geänderte Punktzahl zum Tragen.

Die maximal erreichbare Punktzahl im Rahmen des vorliegenden Projektaufrufs beträgt 68 Punkte. Die erforderliche Mindestpunktzahl für eine mögliche Aufnahme in die Förderung beträgt 32 Punkte.

Zusätzlich gilt, dass bei einem Projekt, das bei einer der Fragen der Aspekte 2.1 bis 2.3³ 0 Punkte erhält, davon ausgegangen wird, dass es nicht die notwendige Qualität aufweist, um für eine Förderung aus Programmmitteln infrage zu kommen. Dies gilt auch dann, wenn die für das Projekt vergebene Gesamtpunktzahl unter der erforderlichen Mindestpunktzahl liegt.

5.3 Auswahlverfahren für den vorliegenden fortlaufenden Projektaufruf

Das Verfahren zur Projektauswahl umfasst zwei Etappen:

5.3.1 Etappe 1: Einreichung und Prüfung des Kurzformulars

[Zum Kurzformular](#)

Eine ausführliche Begleitung der einzelnen Teilnehmer am Projektaufruf bei der Antragstellung ist nicht möglich. Den potenziellen Antragstellern werden lediglich Informationen zum Verfahren des Projektaufrufs und/oder allgemeine Informationen zu den Auswahlkriterien bereitgestellt, und dies insbesondere im Rahmen der zu diesem Zweck organisierten Informationsveranstaltungen.

Das Kurzformular ist vom Projektträger beim Gemeinsamen Sekretariat des Programms Interreg Oberrhein einzureichen. Dem Kurzformular kann ein Anhang beigefügt werden, in dem der Inhalt des Projekts zusammenfassend beschrieben wird. Wird ein Anhang beigefügt, muss dieser zweisprachig, auf Deutsch und Französisch, sein und darf nicht mehr als insgesamt fünf Seiten umfassen.

Nach Einreichung des Kurzformulars erhalten die Projektträger eine Eingangsbestätigung per E-Mail.

³ Bei Aspekt 2.1 gilt diese Regelung nicht für die beiden optionalen Auswahlkriterien:

- Beitrag des Projekts zu den Ergebnisindikatoren des spezifischen Ziels, dem das Projekt zugeordnet ist
- Beitrag des Projekts zu anderen im Rahmen des Programms unterstützten Interventionsbereichen

Die Prüfung der Kurzformulare erfolgt in drei Phasen:

Erste Phase: Prüfung der Zulässigkeit der Kurzformulare

Nach Eingang der Kurzformulare überprüft das Gemeinsame Sekretariat, ob die Kurzformulare die formalen Aspekte des Projektaufrufs erfüllen und somit zulässig sind. Nur die Kurzformulare, bei denen die nachstehenden Aspekte erfüllt sind, werden als zulässig erachtet, sodass sie einer Bewertung (siehe Punkt 5.2) unterzogen werden und Gegenstand einer Priorisierung sein können.

- Das Kurzformular muss innerhalb der im Projektaufruf festgelegten Frist eingereicht werden (vgl. Punkt 6);
- Das Kurzformular muss an die E-Mailadresse projekte.interreg.oberrhein@grandest.fr geschickt werden;
- Das Kurzformular muss in einer PDF- und Word-Fassung eingereicht werden;
- Es ist das für diesen Projektaufruf spezifische Kurzformular zu verwenden;
- Das Kurzformular muss vollständig ausgefüllt sein;
- Das Kurzformular muss durchgängig in französischer und deutscher Sprache ausgefüllt sein;
- Das Kurzformular muss den formalen Anforderungen des Projektaufrufs entsprechen:
 - o Zeitplan:
 - Die im Zeitplan des Kurzformulars angegebene Projektdauer darf vier Jahre nicht überschreiten.
 - Der im Zeitplan des Kurzformulars angegebene Projektbeginn darf nicht vor dem 01.08.2025 liegen.
 - o Finanzierungsplan:
 - Der EFRE-Fördersatz muss für Projekte aus den Prioritäten A, C oder E bei 60 % liegen, bei Projekten aus den Prioritäten B und D bei 50%.
 - Für Projekte aus den Prioritäten A, C und E muss die beantragte EFRE-Fördersumme zwischen 60.000 € und 3.000.000 € liegen, für Projekte aus den Prioritäten aus B oder D zwischen 50.000 € und 2.500.000 €.
 - Kostenplan und Finanzierungsplan müssen ausgeglichen sein.

Alle Kurzformulare, die nach der im vorliegenden Projektaufruf festgesetzten Frist oder unter der falschen E-Mailadresse eingereicht werden, werden ohne Ausnahme für unzulässig erklärt. Die Projektträger werden per E-Mail über die Unzulässigkeit ihres Kurzformulars informiert.

Kurzformulare, die innerhalb der im Projektaufruf festgesetzten Frist und unter der richtigen E-Mailadresse eingereicht werden, prüft das Gemeinsame Sekretariat hinsichtlich der Beachtung der o.g. formalen Kriterien. Sind diese nicht erfüllt, informiert das Gemeinsame Sekretariat die betroffenen Projektträger nach Ende des Projektaufrufs über die Punkte, die zu berichtigen sind, damit das Kurzformular als zulässig betrachtet werden kann. Die Projektträger verfügen über eine Frist von 48 Stunden, um das Kurzformular zu korrigieren, anzupassen und erneut einzureichen.

Erfüllt das Kurzformular nach Ablauf dieser Nachfrist noch immer nicht alle formalen Kriterien, wird es endgültig als nicht zulässig erklärt. Dies gilt auch für den Fall, dass das überarbeitete

Kurzformular nach Ablauf der Nachfrist von 48 Stunden übermittelt wird. In beiden Fällen werden die Projektträger per E-Mail über die Unzulässigkeit ihres Kurzformulars informiert.

Zweite Phase: Prüfung der zulässigen Kurzformulare durch das Gemeinsame Sekretariat

Nur die für zulässig erklärten Kurzformulare werden anschließend zum Gegenstand einer Prüfung durch das Gemeinsame Sekretariat, das anhand der im vorliegenden Projektaufruf festgelegten Förderfähigkeits- und Auswahlkriterien und auf der Grundlage des für diesen Projektaufruf festgelegten Bewertungssystems die Förderfähigkeit der jeweiligen Projekte bewertet (siehe Kapitel 5.2).

Dritte Phase: Prüfung der Kurzformulare durch die Programmgremien⁴ des Programms Interreg Oberrhein

Nach der Bewertung der zulässigen Kurzformulare anhand der im Projektaufruf festgelegten Kriterien schlägt das Gemeinsame Sekretariat der Arbeitsgruppe ein erstes Ranking der Projektideen vor.

Der Begleitausschuss wird anlässlich seiner Sitzung vom 26. Februar 2025 auf der Grundlage des von der Arbeitsgruppe bezüglich der Benotung und des Rankings vorgelegten Vorschlags über das endgültige Ranking und die Auswahl der Projektideen entscheiden, die für eine Förderung infrage kommen.

Nach der Entscheidung des Begleitausschusses werden die Projektträger über das Ergebnis dieser ersten Etappe der Projektauswahl informiert. Nur die vom Begleitausschuss ausgewählten Projektideen werden zur Teilnahme an Etappe 2 (Siehe 5.3.2) des Auswahlverfahrens aufgefordert, d.h. zur Ausarbeitung eines vollständigen Förderantrags mittels der Online-Anwendung SYNERGIE-CTE.

Der Begleitausschuss kann zu den ausgewählten Projektideen Anmerkungen machen, die von den Projektträgern und Projektpartnern bei der Ausarbeitung des vollständigen Förderantrags ggf. zu berücksichtigen sind.

Die nach dieser ersten Phase ausgewählten Projekte kommen grundsätzlich für eine Förderung aus Programmmitteln in Frage. Die tatsächliche Aufnahme eines Projekts in die Förderung erfolgt jedoch erst am Ende der Etappe 2 der Projektauswahl.

5.3.2 Etappe 2: Ausarbeitung und Prüfung des vollständigen Förderantrags

Die Ausarbeitung des vollständigen Förderantrags erfolgt im Wesentlichen mittels der Online-Anwendung SYNERGIE-CTE und mit Unterstützung des Gemeinsamen Sekretariats. Das Gemeinsame Sekretariat übermittelt den Projektträgern die erforderlichen Unterlagen sowie die Zugangsdaten zu SYNERGIE-CTE.

⁴ Eine Darstellung der Zusammensetzung und Funktion der Programmgremien ist im Internet-Auftritt des Programms Interreg Oberrhein verfügbar.

Die anschließende Prüfung der Förderanträge erfolgt in drei Phasen:

- **1. Phase:** Prüfung durch das Gemeinsame Sekretariat
- **2. Phase:** Mindestens eine Prüfung durch die Arbeitsgruppe: Diese gibt eine Stellungnahme zu den Anträgen ab und übermittelt sie dem Begleitausschuss zur Beschlussfassung, wenn die Anträge ausreichend weit gediehen sind.
- **3. Phase:** Vorlage des Antrags im Begleitausschuss und diesbezügliche Beschlussfassung (frühestens anlässlich der 2. Sitzung des Begleitausschusses im Jahr 2025).

6. Verfahren zur Einreichung einer Projektidee und weitere Auskünfte

Die Einreichung der Kurzformulare erfolgt im PDF- und Word-Format über die eigens hierfür eingereichte E-Mail-Adresse: projekte.interreg.oberrhein@grandest.fr

Frist für die Einreichung der Kurzformulare ist der **21. Oktober 2024, 17.00 Uhr** (Strasburger Uhrzeit). Jedes nach diesem Zeitpunkt eingereichte Kurzformular wird ausnahmslos für unzulässig erklärt.

Unverbindlicher Zeitplan für den Projektaufruf:

10.07.2024 – 21.10.2024 (17.00 Uhr STRASBURGER UHRZEIT)	Veröffentlichung des Projektaufrufs
22.10.2024 – 31.10.2024	Berichtigung von evtl. formalen Fehlern bzw. Fehlstellen bei fristgerecht eingereichten Kurzformularen
26. Februar 2025	Genehmigung des Rankings der eingereichten Projektideen durch den Begleitausschuss
Ab Ende Februar 2025	Auruf zur Einreichung der vollständigen Förderanträge für die Projektideen, die für eine Kofinanzierung infrage kommen
10. Juli 2025 (frühestens)	Aufnahme der Projekte in die Förderung
Ab 01.08.2025	Beginn der Projektdurchführung ⁵

Für alle weiteren allgemeinen Informationen zur Teilnahme an diesem Projektaufruf und zum Verfahren zur Einreichung eines Kurzformulars werden die Antragsteller gebeten, das Gemeinsame Sekretariat des Programms zu kontaktieren. Die [Kontakt Daten](#) der Ansprechpartner im Gemeinsamen Sekretariat des Programms sind auf der Website des Programms abrufbar.

⁵ Es besteht die Möglichkeit eines vorgezogenen Beginns der Projektdurchführung ab dem 01.08.2025 (siehe hierzu Punkt 4.4 des vorliegenden Projektaufrufs)

7. Informationen und Begleitung während der Projektausschreibung

In Phase 1 des Projektaufrufs, in der es um die Erarbeitung und Einreichung des Kurzformulars geht, kann den Teilnehmern an dem Projektaufruf keine individuelle Begleitung angeboten werden. Die Antragsteller können lediglich eine Übersicht über das Verfahren und/oder allgemeine Informationen zu den Auswahlkriterien erhalten.

Um die Antragsteller zu unterstützen und ihnen bei ihrem Vorgehen zu helfen, sind mehrere Kommunikations- und Begleitmaßnahmen vorgesehen:

11. Juli 2024	Webinar zur Vorstellung des Projektaufrufs und des Kurzformulars ⁶
Vom 02.09.2024 bis einschl. 27.09.2024	Möglichkeit der Einreichung einer ersten Fassung des Kurzformulars („V0“) und anschließende Rückmeldung durch das Gemeinsame Sekretariat

Erläuterungen zur Rückmeldung des Gemeinsamen Sekretariats zu einer „V0“ des Kurzformulars: Jeder Projektträger hat die Möglichkeit, dem Gemeinsamen Sekretariat vom 02.09.2024 bis einschl. 27.09.2024 **einmalig** eine erste Fassung des Kurzformulars (auch einsprachig und nicht vollständig) unter der E-Mailadresse projekte.interreg.oberrhein@grandest.fr mit der Bitte um eine Rückmeldung vorzulegen. Der Zweck dieser Rückmeldung besteht darin, das Kurzformular zu überprüfen und den Projektträger auf diejenigen Punkte hinzuweisen, die nicht den Anforderungen des Projektaufrufs entsprechen. Dabei geht es jedoch nicht um den Inhalt des Projekts, und der Projektträger erhält keine Einschätzung zur Qualität des Kurzformulars.

Für die nach dem 27.09.2024 eingereichten Kurzformulare besteht keine Möglichkeit einer Rückmeldung durch das Gemeinsame Sekretariat.

Die Vorlage einer Vor-Fassung des Kurzformulars ist optional.

Auf der Website des Programms werden zudem die Antworten auf die per E-Mail und telefonisch gestellten Fragen veröffentlicht und regelmäßig aktualisiert.

⁶ Das Webinar wird auch nach dem Termin online weiter abrufbar sein.